

VERTRAG

zwischen

den Schweizerischen Bundesbahnen SBB

spezialgesetzliche Aktiengesellschaft mit Sitz in Bern

(nachfolgend «die SBB AG» genannt)

und

Vertragspartner

betreffend

Buchs SG, Rheincity Süd

Zusatzinformationen

Auf jeder Rechnung und im schriftlichen Verkehr anzugeben

Referenz	-----
Vertrags-Nr.	-----
Bestell-Nr.	-----
Projekt-Nr.	-----

Für SBB-internen Gebrauch:

Vertragsvorlage:	Totalunternehmervertrag Bau
Datum Version Vorlage:	22.12.2017
Dateiname:	Echter TU-Vertrag mit BIM-Anpassungen_hmb.docx

1. Vertragsgegenstand

Die SBB AG überträgt der Firma alle Leistungen für die Projektierung und Realisierung des Projekts Buchs SG (Rheincity Süd) insbesondere

- die Planung inkl. Bereinigung des Wettbewerbsprojekts, Stand Vorprojekt
- Erarbeitung der Baugesuchsunterlagen und Einreichung der Baubewilligung inkl. Auflagenbereinigung
- die Ausschreibung und Koordination aller Subunternehmerleistungen
- das Ausführungsprojekt
- die Arealbereitstellung und -erschliessung inkl. notwendige Abbrüche von Bestandesbauten und Anlagen
- die Ausführung
- die Integralen Tests und Schlussabnahme inkl. Mängelbehebung
- die Koordination sämtlicher Mieterausbauten und Nachbarprojekte an der Schnittstelle zum vorliegenden Vertrag
- Instandsetzung allfälliger, heute auf dem Areal bestehender, im Rahmen der Bauarbeiten beschädigten Bauten und Anlagen
- die Anwendung der Methode Building Information Modeling (fortan «BIM»)

d. h. alle Planungs- und Bauleistungen sowie Hilfs- und Nebenleistungen, die für die Planung, die Bauvorbereitung und die schlüsselfertige, betriebsbereite Erstellung des Bauwerkes (inkl. Auflagenerfüllung aus der Baubewilligung, Erwirkung der Baufreigabe, Einholen weiterer erforderlicher Bewilligungen sowie Erfüllung aller behördlichen Vorschriften etc.) notwendig sind.

Der Grundausbau hat so zu erfolgen, dass parallel dazu Mieter-/Käuferausbauten realisiert werden können, welche die optimale Vermietbarkeit des Bauwerks gewährleisten.

Die Firma sorgt dafür, dass bei der SBB AG keine nicht branchenüblichen Kosten für den späteren Betrieb und Unterhalt des Bauwerkes anfallen.

Die Firma koordiniert alle Schnittstellen, namentlich zu den Fachdiensten der SBB AG, sowie zu den Mieter- und Nutzerausbauten und Nachbarprojekten während der gesamten Vertragsdauer bis ---- Monate nach Schlussabnahme des Werks.

Die Firma leistet der SBB AG für sich und die von ihr Beauftragten, Subunternehmer und Lieferanten eine umfassende Zusicherung für fachgemässe, den Anforderungen der Bauherrschaft entsprechende und zeitgerechte Vertragsausführung, für die technische Funktionstüchtigkeit des geschuldeten Werkes sowie für die Verwendung und Verträglichkeit

von geeigneten Baumaterialien namentlich in konstruktiver, ökologischer und bauphysikalischer Hinsicht.

Die Firma übernimmt für den Inhalt der Submissionsunterlagen die volle Verantwortung. Sie hat die Pläne, Beschriebe, Konzepte und anderen Teile der Submissionsunterlagen aufgrund ihrer vorausgesetzten Fachkenntnisse und Erfahrung geprüft und vor Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages mit der SBB AG alle Lücken, Widersprüche und anderen Unstimmigkeiten bereinigt. Dasselbe gilt für die BIM-Arbeitsergebnisse.

2. Vertragsbestandteile und deren Rangordnung

Der Vertrag setzt sich aus den folgenden Bestandteilen zusammen:

- a) der vorliegenden Vertragsurkunde samt Anhängen gemäss entsprechender Ziffer;
- b) den Bereinigungsergebnissen vom ----- zu Angebot und Ausschreibungsunterlagen;
- c) dem Angebot der Firma vom ----- bestehend aus folgenden Unterlagen:
 - den von der Firma erstellten Unterlagen zum Angebot gemäss separatem Verzeichnis
 - dem ausgefüllten Leistungsverzeichnis, der Bau- oder Anlagebeschreibung
- d) sämtliche in den Ausschreibungsunterlagen enthaltenen Grundlagen der SBB AG insbesondere bestehend aus:
 - dem funktionalen Anforderungsbeschrieb
 - den übrigen technischen Spezifikationen inkl. BIM-Handbuch (inkl. BIM-Lastenheft);
- e) den nachfolgenden Allgemeinen Vertragsbedingungen:
 - der Norm SIA 118 "Allgemeine Bedingungen für Bauarbeiten" (Deutsche Ausgabe 2013);
- f) den nachfolgenden allgemeinen Bedingungen Bau (ABB) zu besonderen Fachgebieten, welche die Norm SIA 118 ergänzen, ihr jedoch nicht vorgehen (Bestimmungen, welche den Vorrang dieser Normen vor der Norm SIA 118 erklären, werden weggelassen):
 - den ABB SIA 118/-----;
 - der Norm SIA 414 "Masstoleranzen im Bauwesen" (deutsche Ausgabe 1980), Ziffer 4, "Vereinbarung über Kontrollen und Abnahme";
 - der Empfehlung SIA 414-2 „Masstoleranzen im Hochbau“;
- g) den übrigen Normen, Empfehlungen und Richtlinien des SIA und weiterer Fachverbände, soweit sie den Stand der anerkannten Regeln der Baukunde im Zeitpunkt der Ausschreibung wiedergeben.

Widersprechen sich einzelne Vertragsbestandteile, so bestimmt sich ihr Rang nach der Einordnung in die vorstehenden Buchstaben. Bei Widersprüchen zwischen den zu den einzelnen Vertragsbestandteilen zusammengefassten Dokumenten geht das zeitlich spätere Dokument dem früheren vor. Abweichungen von den Ausschreibungsunterlagen gelten nur, soweit sie in den Bereinigungsergebnissen aufgeführt sind.

Rechtliche und kommerzielle Vertragsbedingungen der Firma (AGB usw.) gelten nur, soweit sie im vorliegenden Vertrag („Besondere Vereinbarungen“) ausdrücklich aufgeführt werden. Verweise auf Vertragsbedingungen der Firma in ihrem Angebot, in den Beilagen zum Angebot oder in einem Bestätigungsschreiben sind unbeachtlich.

3. Vergütung

3.1. Feste Vergütung

Die Vergütung erfolgt pauschal.

Werkpreis pauschal netto	CHF	0.00
Budgetpositionen	CHF	0.00
Optionen	CHF	0.00
Total Werkpreis netto	CHF	0.00
zuzüglich jeweils gültiger MWST	CHF	0.00
Total Werkpreis brutto	CHF	0.00

Ein Rabatt von --% ist im Werkpreis (netto) berücksichtigt; dieser gilt auch für Nachträge.

Alle Leistungen, die für die Projektierung und Realisierung des kompletten, schlüsselfertigen und betriebsbereiten Werks notwendig sind und die nicht explizit ausgenommen sind, unabhängig ob sie im Einzelnen spezifiziert sind oder nicht, gelten als in der festen Vergütung eingerechnet. Das gilt auch für alle Leistungen im Zusammenhang mit der Methode BIM.

3.2. Teuerung

Es wird keine Teuerungsabrechnung vorgenommen.

3.3. Subventionen

Sämtliche von Bund, Kanton, Gemeinde und anderen Stellen zugesicherten Subventionen und Kostenbeteiligungen (z.B. Minergie) gehen an die SBB AG und werden nicht an den Werkpreis angerechnet. Die erforderlichen Unterlagen und Gesuche sind durch die Firma rechtzeitig zu erstellen und innert drei Monaten nach Bezug der Bauten der SBB AG zur Prüfung vorzulegen. Die dazu nötigen Aufwendungen sind im Werkpreis enthalten.

4. Zahlungsmodalitäten

4.1. Rechnungsstellung

Sämtliche Rechnungen müssen sich auf die im Vertrag festgelegten Grundlagen beziehen und sind durch überprüfbare Aufstellungen der erbrachten Leistungen zu dokumentieren. Die MWST ist offen auszuweisen. Die Rechnungen müssen die auf Seite 2 dieses Vertrages aufgeführten Angaben („Zusatzinformationen / auf jeder Rechnung und im schriftlichen Verkehr anzugeben“) sowie die MWST-Nummer der Firma enthalten. Zudem muss auf jeder Rechnung angegeben werden, wohin die SBB AG die Zahlungen mit befreiender Wirkung leisten kann.

Die Rechnungen der Firma sind ausschliesslich zuhanden folgender Rechnungsadresse auszustellen:

Schweizerische Bundesbahnen SBB
Kreditoren Immobilien
Poststrasse 6
3000 Bern 65
Schweiz

Die Originalrechnungen sind an vorstehende Adresse zu senden. Eine Kopie der Rechnung ist zudem an folgende Adresse zu senden:

Genügen die Rechnungen diesen Anforderungen nicht, werden sie zwecks Korrektur zurückgewiesen. Die Zahlungsfrist verschiebt sich entsprechend.

Die Firma erklärt sich bereit, auf Wunsch der SBB AG die Bestell- und Abrechnungsverfahren künftig elektronisch abzuwickeln. Deren Einführung und die technische Umsetzung werden frühzeitig abgesprochen. Die elektronischen Rechnungen müssen vom ERP – System der Firma via einen Service Provider (PostFinance, Conextrade usw.) digital signiert und nach Vorgaben der SBB AG versendet werden. Die SBB AG akzeptiert keine PDF Rechnungen als elektronische Rechnungen.

4.2. Zahlungsplan

Die Höhe und Fälligkeit der Teilzahlungen des Werkpreises gehen aus beiliegendem Zahlungsplan (Anhang 3) hervor. Der Zahlungsplan ist leistungsbezogen und die Rechnungsstellung erfolgt entsprechend dem tatsächlichen Baufortschritt resp. bei vollständiger Erreichung des jeweiligen Meilensteins. Die Zahlungstermine im Zahlungsplan sind periodisch, mindestens jedoch vor jeder Teilzahlung auf Übereinstimmung mit der aktuellen Leistungssituation zu überprüfen und allenfalls anzupassen. Auch ausgeführte Projektänderungen (Mehr-/Minderkosten) führen gegebenenfalls zu einer entsprechenden Anpassung des Zahlungsplans.

Die unter Ziff. 5 vereinbarten Termine sind von einer allfälligen Anpassung des Zahlungsplans nicht berührt und sind vollumfänglich einzuhalten.

Auf den Zeitpunkt der Schlussabnahme des Werkes werden 90% des Werkpreises fällig.

4.3. Zahlungsfristen / Fälligkeit

Die Firma stellt gemäss Zahlungsplan, frühestens aber nach Erreichen des jeweiligen Meilensteins (siehe Ziff. 4.2.) ihre Leistungen in Rechnung. Vor Erreichung des jeweiligen Meilensteins gestellte Rechnungen werden zurückgewiesen.

Rechnungen bzw. Teilrechnungen werden mit Eingang bei der bezeichneten Adresse fällig (vorbehältlich Beanstandung durch die SBB AG und der Prüfungsfrist bei der Schlussabrechnung).

Die SBB AG leistet fällige Zahlungen innerhalb von 30 Tagen.

Die Schlusszahlung wird innerhalb von 60 Tagen nach erfolgter Schlussabnahme des Werks mit der Schlussabrechnung in Rechnung gestellt. Sie wird 30 Tage nach Prüfung und Genehmigung der Schlussabrechnung sowie nach Vorliegen der durch die SBB AG genehmigten Schlussdokumentation gemäss Ziff. 12.3 zur Zahlung fällig.

4.4. Prüfungs- und Genehmigungsfrist für die Schlussabrechnung

Die Frist für die Prüfung und Genehmigung der Schlussabrechnung beträgt 30 Tage nach Eingang der Rechnung bei der bezeichneten Adresse (vorbehältlich Beanstandung durch die SBB AG).

4.5. Direktzahlungsrecht der SBB AG

Bei Zahlungsschwierigkeiten der Firma oder bei schwerwiegenden Differenzen zwischen der Firma und von ihr beauftragten Dritten oder der SBB AG kann letztere nach vorheriger Anhörung der Beteiligten und gegen gültige Rechnungsstellung, die beauftragten Dritten direkt bezahlen oder den Betrag hinterlegen, beides mit befreiender Wirkung.

5. Termine

5.1. Verfalltermine

Hält die Firma folgende Termine nicht ein, so gerät sie ohne Weiteres in Verzug:

Bewilligungsfähiges Baugesuch	Termin
Abnahme Grundausbau für Mieterausbau Erdgeschoss	Termin
Schlussabnahme	Termin

Die Einhaltung dieser Termine wird von der Firma auch unter Berücksichtigung von möglicherweise während der Realisierungsphase auftretenden ungünstigen

Witterungsverhältnissen (wie z.B. Regen, Wind, Schneefall, Eisbildung oder Frost) garantiert. Diesbezügliche Fristerstreckungen sind in jedem Falle ausgeschlossen.

5.2. Durch Mahnung Verzug begründende Termine

Hält die Firma folgende Termine nicht ein, so wird sie von der SBB AG gemahnt und in Verzug gesetzt:

----- Termin

5.3. Konventionalstrafe auslösende Termine

Hält die Firma folgende Verfalltermine nicht ein, so schuldet sie pro Kalendertag Verspätung zusätzlich folgende Konventionalstrafe:

Beschreibung	Termin / Meilensteine	Konventionalstrafe in CHF (exkl. MWST)
Abnahme Grundausbau für Mieterausbau Erdgeschoss		
Schlussabnahme		

Die Konventionalstrafe beträgt insgesamt höchstens 10% der gesamten Vergütung.

Die Bezahlung der Konventionalstrafe befreit die Firma nicht von den anderen vertraglichen Verpflichtungen und ist auch dann geschuldet, wenn die Leistungen vorbehaltlos abgenommen werden. Darüber hinaus kann die SBB AG den ihr entstandenen Schaden geltend machen, sofern die Firma nicht beweist, dass sie keinerlei Verschulden trifft. Die Konventionalstrafe wird auf einen allfällig zu leistenden Schadenersatz angerechnet.

Die SBB AG ist berechtigt, die Konventionalstrafe mit der Vergütung zu verrechnen.

Die Konventionalstrafe ist für jeden nicht eingehaltenen Termin (kumulativ) geschuldet.

Sofern die Termine im gegenseitigen Einvernehmen verschoben werden, gilt dies entsprechend auch für die Konventionalstrafe.

6. Änderungswesen

6.1. Änderungsrecht

Die SBB AG ist berechtigt, jederzeit Änderungen gegenüber der in den Vertragsunterlagen festgelegten Ausführung zu verlangen.

Von der SBB AG gewünschte Projektänderungen müssen der Firma möglichst frühzeitig schriftlich mitgeteilt werden. Alle durch solche Projektänderungen verursachten Mehr- oder Minderkosten bewirken eine Anpassung des Werkpreises. Als Projektänderung gelten auch Mieter- oder Spezialausbauten.

6.2. Projektbedingte Änderungen

Projektbedingte, also technisch notwendige oder behördlich geforderte Änderungen, die in diesem Vertrag und seinen Beilagen nicht ausdrücklich enthalten sind, jedoch sinngemäss zum Leistungsumfang dieses Vertrages gehören, sind Sache der Firma und bewirken keine Anpassung des Werkpreises (vgl. Vollständigkeitsklausel in Ziff. 1 und 3.1).

6.3. Projektänderungsverfahren und Vergütung

6.3.1. Projektänderungsverfahren

Projektänderungen müssen in jedem Fall vor der Ausführung durch die SBB AG schriftlich genehmigt werden. Mehrkosten infolge von nicht genehmigten Projektänderungen trägt alleine die Firma.

Die Firma hat bei Änderungsbegehren der SBB AG bzw. bei eigenen Änderungsvorschlägen, der SBB AG rechtzeitig und kostenlos eine schriftliche Pauschalofferte zu unterbreiten, welche alle Termin- und Bewilligungsfolgen sowie sämtliche Bau-, Planungs- und Nebenkosten enthält. Reduzierte oder entfallende Positionen sind in der Änderungsofferte als Minderkosten zu berücksichtigen. Die Firma hat in der Offerte das Mengengerüst offen zu legen und die Mengenänderungen offen auszuweisen. Die Pauschalofferte ist auf derselben Preisbasis zu erstellen wie der Grundauftrag (Basis bilden die von der Firma aufgrund der bisherigen Planung erstellten Mengenauszüge bzw. -gerüste). Ist die Preisbasis im Grundauftrag (Urkalkulation) nicht vorhanden oder nicht anwendbar, sind der Pauschalofferte der Firma auf Wunsch der SBB AG für deren Beurteilung pro Arbeitsgattung drei Konkurrenzofferten von Beauftragten, Subunternehmern und Lieferanten beizulegen.

Die Kontroll- und Genehmigungsfrist für Projektänderungen dauert maximal 30 Arbeitstage. Bei komplexen Sachverhalten, die eine vertiefte Abklärung bedingen, ist die SBB AG berechtigt, die Kontroll- und Genehmigungsfrist auf maximal 50 Arbeitstage zu erhöhen.

Verlangt die SBB AG ausdrücklich statt der Erstellung einer Pauschalofferte vorerst lediglich eine Kostenschätzung von +/- 15%, so ist diese durch die Firma ebenfalls kostenlos zu erbringen.

Verzichtet die SBB AG auf die Ausführung der von ihr ausgelösten Änderung, so hat die Firma nur Anspruch auf Vergütung der Aufwendungen für die Ausarbeitung der Offerte bzw. den in diesem Zusammenhang erarbeiteten Studien, Varianten oder Vergleichsrechnungen. Die Vergütung ist in diesem Fall auf maximal XY% der Änderungskosten beschränkt.

Entsteht zwischen den Parteien ein Streit über die Frage, ob es sich um eine Projektänderung handelt, oder über die Vergütung von Projektänderungen, so darf die Firma deswegen die von der SBB AG verlangten Leistungen nicht verweigern und die Arbeiten nicht unterbrechen oder einstellen. Die Parteien verpflichten sich indessen, über streitige Fragen zu verhandeln. Kommt im Einzelfall keine Einigung zustande, so verpflichten sich die Parteien, einen allfälligen Rechtsstreit erst nach Beendigung des Bauwerkes auszutragen.

Die SBB AG hat das Recht, die Projektänderungen durch Dritte ausführen zu lassen. Die Firma verpflichtet sich, die Koordination der Beauftragten, Subunternehmer und Lieferanten zu übernehmen. Der Koordinationszuschlag beträgt in einem solchen Fall XY% der Vergütung für die Projektänderung.

6.3.2. Vergütung bei Projektänderungen

Die pauschal zu offerierenden Honorare, Nebenkosten und Risikoentschädigungen der Firma, ihrer Beauftragten, Subunternehmer und Lieferanten dürfen für die Planung und Ausführung der Änderung gesamthaft in keinem Fall XY% der Änderungskosten übersteigen. Basis der Honorarberechnungen bildet dabei die Differenz zwischen Mehr- und Minderkosten (exkl. Honoraranteil).

Für die einzelnen Fachbereiche gelten die folgenden, in Prozenten der Änderungskosten ausgedrückten maximalen Honorare:

Fachbereiche	%-Angaben
Architektur	
Bauingenieur	
Heizung, Lüftung, Klima/Kälte und Sanitär	
Elektro	
Spezialisten (Bauphysiker, etc.)	
TU-Honorar bei Ausführung (Leistung, Risiko, etc.)	
Nebenkosten	

Die Entschädigung für die tatsächlich erbrachten Planerleistungen geht aus obiger Tabelle hervor und ist in diesem Fall auf diese beschränkt.

6.4. Bestimmung der Optionen

Die Firma ist dafür verantwortlich, frühzeitig die Entscheidung über die Ausführung von offenen Optionen einzufordern, ansonsten sie die aus verspäteter Auslösung von Optionen entstehenden Mehrkosten und Terminverzögerungen selber zu tragen hat.

6.5. Im Vertrag enthaltene noch nicht bestimmte Leistungen

Für im Vertrag enthaltene, in Art und/oder Umfang aber noch nicht bestimmte Leistungen werden „Budgetpreise“ vereinbart. Diese enthalten sämtliche vorhersehbaren Bauleistungen, Neben- und Vorleistungen der Firma, ihrer Beauftragten, Subunternehmer und Lieferanten. Die Offertstellung und die Abrechnung der Nebenkosten und Risikoentschädigungen der Firma erfolgen gemäss den für die Projektänderungen festgelegten Vorgaben. Diese „Budgetpositionen“ sind offen abzurechnen. Die Firma hat rechtzeitig die Mitwirkung der SBB AG für die Auswahl der Leistungen sicherzustellen.

6.6. Wahl von alternativen Produkten

Die in den Unterlagen beschriebenen Produkte- und Markenbezeichnungen gelten bezüglich Qualität als Mindeststandard, der bei der Ausführung nicht unterschritten werden darf. Ändert die Firma die vorgegebenen Produkte, hat sie rechtzeitig zu Handen der SBB AG den qualitativen Nachweis (inkl. Kostenvergleich) zu erbringen, dass sie gleichwertig sind. Die SBB AG trifft vor der Ausführung schriftlich den definitiven Entscheid, welches Produkt zur Anwendung kommt. Mehrkosten werden nicht vergütet.

Die SBB AG behält sich vor, der Firma die Lieferkonditionen sowie die von ihr zu berücksichtigenden Lieferanten für die nachfolgend aufgeführten Produkte bzw. Positionen vorzugeben:

- BKB Position 253 (Waschmaschine, Tumbler)
- BKP Position 258 (Küchengeräte)
- BKP Position 275 (Schliesssysteme)
- BKP Position 235 (Zutrittskontrollsysteme)

Die SBB AG meldet der Firma diese Vorgaben so früh wie möglich.

Die Firma verpflichtet sich diesfalls, bei der Planung die entsprechenden Produkte zu verwenden und mit den Lieferanten der SBB AG entsprechende Subunternehmerverträge zu den mit der SBB AG vereinbarten Konditionen (Preis, Lieferung etc.) abzuschliessen. Die Firma haftet der SBB AG gegenüber für die Leistungen dieser Lieferanten, wie für ihre übrigen Subunternehmer auch.

7. Rechte und Pflichten der SBB AG

7.1. Kontrollrecht auf der Baustelle

Der SBB AG steht das Recht zu, den Baufortschritt und die Bauausführung jederzeit zu kontrollieren oder kontrollieren zu lassen. Die Firma ist zur Auskunft verpflichtet. Die Kontrolle, insbesondere durch die QM – Fachstelle, befreit die Firma nicht von ihren Pflichten und Aufgaben und von der Haftung für Mängel, selbst wenn diese bei einer wirksamen Überwachung durch die SBB AG hätten vermieden werden können.

7.2. Einsichtsrecht

Die Parteien vereinbaren ein Einsichtsrecht in die Kalkulation der Preise gemäss dem entsprechenden Anhang 4.

7.3. Serviceverträge, Vetorechte der SBB AG

Für Bauteile, wie Fassaden und Flachdächer, sowie Anlagen und Apparate, welche Service- und Unterhaltsarbeiten durch spezialisierte Firmen benötigen, sind vor Auftragsvergabe der SBB AG ein Offertvergleich mit Vergabeantrag entsprechend den Anforderungen der SBB AG und sämtliche daraus entstehenden Kostenfolgen bzw. die Vertragsentwürfe für Wartung, Service und Unterhalt zur Einsicht und Kontrolle vorzulegen.

Die SBB AG behält sich das Recht vor, aufgrund eigener Kriterien einen anderen als den von der Firma vorgeschlagenen Unternehmer für die Ausführung zu bestimmen. Eine durch die Ausübung des Vetorechts entstehende Kostendifferenz trägt die SBB AG und führt zu einer Anpassung des Pauschalpreises. Auswirkungen auf die Kosten, Qualität und Termine sind der SBB AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen, ansonsten die Firma sich nicht darauf berufen kann. Die Verantwortlichkeit der Firma wird durch diese Vetorechte in keiner Weise vermindert.

7.4. Beizug von Investoren bzw. Verkauf an Dritte

Die SBB AG hat das Recht zur Realisierung des vorliegenden Projekts entweder weitere Investoren beizuziehen oder die betroffenen Grundstücke ganz oder teilweise zu veräussern und das Projekt ganz oder teilweise durch Dritte realisieren zu lassen.

Die Firma verpflichtet sich, ihr Angebot auch gegenüber einem Dritten gelten zu lassen bzw. sie ist mit einer allfälligen Vertragsübernahme des vorliegenden Vertrags für den Grund- und /oder Mieterausbau durch einen Dritten einverstanden.

Die Firma verpflichtete sich überdies, einer allfälligen Rückübertragung des Vertrags vom Dritten an die SBB AG zu den gleichen Konditionen zuzustimmen.

7.5. Vorzeitige Vertragsauflösung

Die SBB AG kann jederzeit gegen Vergütung der bereits geleisteten Arbeit und gegen Vergütung des bestellten Materials, welches die Firma nicht anderweitig verwenden kann, vom Vertrag zurücktreten. Allfällige Versicherungsleistungen an die Firma werden von der Vergütung in Abzug gebracht. Weiterer Schadensersatz sowie Ersatz entgangenen Gewinns ist nicht geschuldet. Die Rücktrittserklärung ist nur in schriftlicher Form gültig.

Tritt die SBB AG aus wichtigen Gründen, die die Firma zu vertreten hat, vom Vertrag zurück, so hat die SBB AG Anspruch auf eine Konventionalstrafe in der Höhe von 5% des Werkpreises inkl. MWST. Ist der Schaden höher, kann sie diesen geltend machen, sofern die Firma nicht beweist, dass sie kein Verschulden trifft. Die Konventionalstrafe wird auf einen allfällig zu leistenden Schadenersatz angerechnet.

Mit dem Datum der schriftlichen Rücktrittserklärung der SBB AG an die Firma endet die Auszahlung von Beträgen für bereits erbrachte Leistungen. Ein allfälliger Saldo zu Gunsten der Firma wird erst nach abgeschlossener finanzieller Auseinandersetzung zur Zahlung fällig.

Bei vorzeitiger Vertragsauflösung ist die Firma verpflichtet, sämtliche für die Erfüllung dieses Vertrags notwendigen Unterlagen und EDV-Dateien (inkl. eine vollständige Dokumentation allfälliger BIM-Arbeitsergebnisse samt Herleitungs- und Berechnungsgrundlagen, nativen Daten, Modellen) in für die SBB AG weiter bearbeitbarer Form im Originalformat herauszugeben und die mit den Beauftragten, Subunternehmern und Lieferanten abgeschlossenen Verträge auf die SBB AG zu übertragen. Gleichzeitig werden sämtliche immaterialgüter- und lauterkeitsrechtlichen Ansprüche am Projekt gemäss Ziff. 11.2 an die SBB AG übertragen.

Die Firma verpflichtet sich, in die Verträge mit ihren Beauftragten, Subunternehmern und Lieferanten die folgende Klausel einzubringen:

„Der Bauherr hat bei vorzeitiger Auflösung des TU-Vertrags das Recht, anstelle der Firma in den vorliegenden Vertrag einzutreten. Die der Firma zugestandenen Konditionen gelten auch für den Bauherrn.“

8. Rechte und Pflichten der Firma

8.1. Bauleitung

Die Bauleitung der Firma umfasst in Analogie zu Art. 33ff. der Norm SIA 118 sämtliche zur Abwicklung des Bauvorhabens notwendigen Leistungen, enthält jedoch abweichend zum genannten Artikel keine Vertretung des Bauherrn.

Sofern die SBB AG die Oberbauleitung ganz oder teilweise ausübt, wird dadurch die vertragliche Verantwortung der Firma nicht eingeschränkt.

Der Verkehr mit den Behörden erfolgt grundsätzlich durch die Firma, soweit nichts anders vereinbart wird. Die Firma sorgt für das rechtzeitige Vorliegen behördlicher Bewilligungen und Baufreigaben. Die Firma informiert die SBB AG über Behördenkontakte in Form von Protokollen und unter Beilage der entsprechenden Dokumente.

8.2. Beauftragte, Subunternehmer und Lieferanten

8.2.1. Wahl der Beauftragten, Subunternehmer und Lieferanten / Einsichtsrecht

Die Firma legt der SBB AG rechtzeitig eine Liste derjenigen Beauftragten, Subunternehmer und Lieferanten vor, die sie zur Offertstellung einladen will. Die SBB AG hat das Recht, die Unternehmerliste zu ergänzen oder vorgeschlagene Beauftragte, Subunternehmer und Lieferanten bei Vorliegen sachlicher Gründe von der Unternehmerliste streichen zu lassen.

Die Firma legt der SBB AG sämtliche Verträge mit ihren Beauftragten, Subunternehmern und Lieferanten jeweils spätestens 30 Tage nach Abschluss zur Einsichtnahme vor. Die darin vereinbarten Vergütungen müssen nicht offengelegt werden.

8.2.2. Verhältnis zu Beauftragten, Subunternehmern und Lieferanten

Die Firma verpflichtet sich, alle Bestimmungen dieses Werkvertrags, die zur Wahrung der Interessen der SBB AG erforderlich sind, in ihren Verträgen mit Beauftragten, Subunternehmern und Lieferanten zu übernehmen.

Die Firma haftet für ihre Lieferanten, Beauftragten und Subunternehmer gemäss Art. 101 OR, und zwar in Abänderung von Art. 29 Abs. 5 der SIA Norm 118 auch dann, wenn die SBB AG die Wahl ausdrücklich genehmigt resp. vorgeschrieben hat.

Die Firma ist verpflichtet, in den Verträgen mit den Beauftragten, Subunternehmern und Lieferanten ein direktes Forderungsrecht der SBB AG hinsichtlich der vertraglich zu erbringenden Leistung zu vereinbaren. Dazu hat die Firma folgende Klausel in diese Verträge aufzunehmen:

„Der Beauftragte, Subunternehmer und Lieferant hat davon Kenntnis, dass der Totalunternehmer dem Bauherrn gegenüber ein direktes Forderungsrecht hinsichtlich der vom Beauftragten, Subunternehmer und Lieferanten nach Massgabe des vorliegenden Vertrags zu erbringenden Leistungen eingeräumt hat bzw. einräumen wird. Der Beauftragte, Subunternehmer und Lieferant ist mit dieser Regelung einverstanden und anerkennt, dass der Bauherr (im Sinne von Art. 112 Abs. 2 OR) vom Beauftragten, Subunternehmer und Lieferanten selbständig die Erfüllung des vorliegenden Vertrags verlangen kann.“

8.3. Bauhandwerkerpfandrecht / Bürgschaft

Die Firma garantiert, dass kein ihr in der Auftragskette nachfolgendes Unternehmen (z.B. Subunternehmer, Sub-Subunternehmer usw.) veranlasst ist, ein Bauhandwerkerpfandrecht anzumelden oder die Bürgschaft gemäss Art. 839 Abs. 4 ZGB geltend zu machen.

Sofern Bauhandwerkerpfandrechte angemeldet werden, leistet die Firma zur Verhinderung der provisorischen oder definitiven Eintragung im Grundbuch hinreichende Sicherheit. Eine entsprechende Sicherheit leistet sie auch, um gesetzliche Bürgschaften im Sinne von Art. 839 Abs. 4 ZGB zu verhindern bzw. abzulösen. Erfolgt die Sicherstellung nicht oder mangelhaft, ist die SBB AG berechtigt, die Sicherstellung direkt zu veranlassen, unter Anrechnung auf den Werkpreis. Allfällige Aufwendungen der SBB AG infolge eines geltend gemachten Bauhandwerkerpfandrechts oder einer gesetzlichen Bürgschaft können mit dem Werkpreis verrechnet werden.

Bei ausbleibender oder mangelhafter Sicherstellung durch die Firma hat die SBB AG ausserdem das Recht, von der vertraglich vereinbarten Vergütung einen Barrückbehalt in der Höhe des (provisorisch oder definitiv) eingetragenen Bauhandwerkerpfandrechts bzw. der angemeldeten Bürgschaft (inkl. 5% Verzinsung) zu tätigen oder alternativ von der Firma eine abstrakte, unwiderrufliche und auf erstes Verlangen der SBB AG zu zahlende Leistungsgarantie in entsprechender Höhe (inkl. 5% Verzinsung) zu fordern. Das Recht der SBB AG erlischt erst, wenn die Firma nachweist, dass das Bauhandwerkerpfandrecht gelöscht wurde und bzw. die durch die einfache Bürgschaft abgesicherte Forderung nicht mehr geschuldet oder verjährt ist.

Zur Deckung der internen Aufwendungen der SBB AG schuldet die Firma der SBB AG für jedes angemeldete Bauhandwerkerpfandrecht (unabhängig davon, ob es provisorisch oder definitiv eingetragen ist) und für jede angemeldete Bürgschaft einen pauschalierten Schadenersatz in der Höhe von einmalig CHF 7'000 pro Fall. Dieser Betrag kann mit dem Werkpreis verrechnet werden. Die Bezahlung des pauschalierten Schadenersatzes entbindet die Firma nicht von der Einhaltung ihrer übrigen vertraglichen Pflichten. Ausserdem kann die SBB AG auch alle externen Aufwendungen mit dem Werkpreis verrechnen sowie die internen Aufwendungen, welche die Pauschale von CHF 7'000 übersteigen.

Die Firma nimmt in Verträge mit sämtlichen von ihr beauftragten Unternehmen folgende Bestimmung auf:

«Bevor der Unternehmer / Lieferant / Beauftragte beim zuständigen Gericht die provisorische Vormerkung eines Bauhandwerkerpfandrechts verlangt oder eine gesetzliche Bürgschaft im Sinne von Art. 839 Abs. 4 ZGB geltend macht, muss er der Firma Gelegenheit geben, für die in Frage stehende Forderung anderweitig Sicherheit zu leisten. Der Unternehmer / Lieferant / Beauftragte ist verpflichtet, diese Bestimmung in die Verträge mit sämtlichen von ihm beauftragten Unternehmen aufzunehmen.»

Sodann verpflichtet sich auch die Firma selbst, vor Beantragung der provisorischen Vormerkung eines Bauhandwerkerpfandrechts der SBB AG Gelegenheit zu geben, für die in Frage stehende Forderung anderweitig Sicherheit zu leisten.

8.4. Abtretungs- und Verpfändungsverbot

Die der Firma zustehenden Forderungen dürfen ohne schriftliche Zustimmung der SBB AG weder abgetreten noch verpfändet werden.

8.5. Projektbezogenes Qualitätsmanagement (PQM) und Reporting

Die Firma erarbeitet und führt ein PQM während der gesamten Realisierungs- und Abschlussphase nach Vorgabe der SBB AG sowie unter Beachtung des aktuell gültigen SIA-Merkblatts „Qualität im Bau“. Das PQM hat auch die Leistungen der von der Firma unter Vertrag genommenen Firmen zu umfassen.

Spätestens 1 Monat nach Auftragserteilung legt die Firma eine mit den Kontrollstellen der SBB AG koordinierte PQM-Vereinbarung der SBB AG zur Unterzeichnung vor.

Die Firma erstattet der SBB AG quartalsweise Bericht.

9. Sicherheits- und Schutzmassnahmen auf Arbeitsstellen

9.1. Allgemeines

Die Firma und ihre beauftragten Dritten halten die geltenden Arbeitsschutzbestimmungen (inkl. definierte Sicherheitsvorschriften) ein und befolgen die Weisungen der SBB AG. Bei Arbeiten in und neben den Gleisen und elektrischen Anlagen befolgt die Firma strikt alle sie betreffenden Sicherheitsbestimmungen sowie entsprechende Weisungen der Fachdienste, die von der Sicherheitsleitung übermittelt werden. Entsprechend verpflichtet sie auch ihre Subunternehmer und Lieferanten. Bei Verletzung dieser Pflichten gilt die Klausel betr. «Arbeitsschutzbestimmungen, Arbeitsbedingungen und Gleichbehandlung». Die Firma ist verpflichtet, allfällig notwendige Sicherheitskonzepte vor Beginn der Arbeiten zu erstellen (z.B. Sicherheits- und Gesundheitsschutzkonzept bei Untertagarbeiten).

9.2. Betriebssicherheit und Schutz der Züge

Die Arbeiten sind so zu organisieren und durchzuführen, dass die Züge mit aller Sicherheit und den zulässigen Geschwindigkeiten verkehren können. Insbesondere hat die Firma das Lichtraumprofil freizuhalten und bei Grabarbeiten die Stabilität der benachbarten Gleise sicherzustellen. Mit der Wahl geeigneter Bauverfahren, -abläufe und -maschinen gemäss den projektspezifischen Vorgaben der SBB AG, sind betriebsgefährdende Zustände auszuschliessen. Die daraus entwickelten Arbeitsvorbereitungsunterlagen sind der Projektleitung der SBB AG mindestens 30 Tage vor Arbeitsbeginn schriftlich abzugeben. Kürzere Eingabefristen sind zwingend mit der Projektleitung der SBB AG abzusprechen.

9.3. Schutz des Personals

Die einzelnen Arbeitsphasen dürfen erst begonnen werden, wenn für diese ein Sicherheitsdispositiv der Sicherheitsleitung vorliegt und die Sicherheitsverantwortlichen durch die Sicherheitsleitung instruiert worden sind. Durch Gegenzeichnung der Dispositive erklärt die Firma und ihr Sicherheitschef, dass diese und die entsprechenden Weisungen verstanden wurden, und dass sie die notwendigen Instruktionen erhalten haben.

10. Arbeitsschutzbestimmungen, Arbeitsbedingungen und Gleichbehandlung

Die Firma verpflichtet sich zur Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen, Arbeitsbedingungen und der Gleichbehandlung gemäss der rechtsgültig unterzeichneten Selbstdeklaration im Anhang zum Vertrag.

Unter dem in der Selbstdeklaration verwendeten Begriff „von uns beauftragten Dritten“ werden sämtliche der Firma in der Auftragskette nachfolgenden Dritten (Subunternehmer und Unterlieferanten sowie deren beigezogenen Dritten) verstanden.

Bei Verletzung dieser Pflichten schuldet die Firma der SBB AG eine Konventionalstrafe. Diese beträgt 10% der Vertragssumme je Fall, mindestens CHF 3 000.-, höchstens CHF 100 000.-.

11. Immaterialgüterrechte

11.1. Immaterialgüter auf Seiten der SBB AG

Dokumente und Know-how, welche die SBB AG der Firma im Rahmen der Vertragserfüllung zugänglich macht, dürfen nur strikt projektbezogen verwendet werden. Die Firma hat den von ihr beauftragten Dritten (z.B. Subunternehmern) die entsprechende Verpflichtung zu überbinden. Die SBB AG behält sich vor, gegen unbefugte Verwertung (wie Vervielfältigung, Verbreitung) der Unterlagen und andere Verletzungen der ihr zustehenden Rechte vorzugehen.

11.2. Immaterialgüterrechte und lauterkeitsrechtliche Ansprüche

Die Firma verpflichtet sich, zum Zeitpunkt der Abgabe ihrer Arbeitsergebnisse bzw. bei der Abgabe ihrer Werke über sämtliche Immaterialgüterrechte an sämtlichen, vertraglich geschuldeten Werken zu verfügen. Sie sichert zu, dass keine Rechte Dritter, insbesondere Immaterialgüterrechte und lauterkeitsrechtliche Ansprüche Dritter, verletzt werden. Wird die SBB AG nach Abgabe des Werkes von Beauftragten, Subunternehmern und Lieferanten oder anderen Dritten, insbesondere wegen Verletzung von immaterialgüterrechtlichen und/oder lauterkeitsrechtlichen Ansprüchen belangt, so verpflichtet sich die Firma, die SBB AG von hiermit verbundenen Kosten zu befreien und die SBB AG vollumfänglich schadlos zu halten.

Die Firma überträgt nach der Fertigstellung des Bauwerks das Eigentum an sämtlichen erstellten Unterlagen der SBB AG und überträgt ihr sämtliche immaterialgüterrechtlichen und lauterkeitsrechtlichen Ansprüche an den erstellten und noch zu erstellenden Werken. Die SBB erhält insbesondere das Recht, die Werke (inkl. immaterialgüterrechtliche und lauterkeitsrechtliche Ansprüche) uneingeschränkt weiter zu verwenden, d.h. insbesondere auch Beauftragten, Subunternehmern und Lieferanten zur Verfügung zu stellen, zu vervielfältigen, zu veröffentlichen, zu ändern und weiterzubearbeiten. Die Abgeltung für diese Übertragung ist im Werkpreis enthalten.

Der SBB AG steht das Recht zu, sich im Falle einer vorzeitigen Vertragsauflösung die Unterlagen und Rechte im oben genannten Umfang übertragen zu lassen. Nach erfolgter Übertragung der Rechte und Übergabe sämtlicher Unterlagen erhält die Firma im Falle einer vorzeitigen Vertragsauflösung eine einmalige Vergütung von CHF 50'000.- (exkl. MWST). Ist die vorzeitige Vertragsauflösung auf ein Verschulden der Firma zurückzuführen, so gehen die Rechte mit der Vertragsauflösung im oben genannten Umfang automatisch auf die SBB AG über. Sämtliche Unterlagen sind mit der Vertragsauflösung umgehend zu übertragen. In diesem Fall ist keine Vergütung geschuldet.

Die vorliegende Ziffer 11.2. findet insbesondere auch Anwendung auf Leistungen der Firma im Zusammenhang mit der Methode BIM und auf sämtliche BIM-Arbeitsergebnisse.

Die Weiterverwendung und die Weitergabe von BIM-Arbeitsergebnissen durch die Firma bedürfen in jedem Fall der schriftlichen Zustimmung durch SBB AG. Dasselbe gilt neben der Firma auch für sämtliche der Firma in der Auftragskette nachfolgende Dritte (Subunternehmer und Unterlieferanten sowie deren beigezogene Dritte), was durch die Firma vertraglich sicherzustellen ist.

11.3. Veröffentlichungen

Die Veröffentlichung von Bauplänen, Beschreibungen und fotografischen Aufnahmen von Plänen und Bauten des Objektes bedarf in jedem Fall der vorgängigen schriftlichen Zustimmung der SBB AG.

12. Dokumentation

12.1. Planlieferungsprogramm und Plangenehmigung

Die Firma hat der SBB AG ein auf das Bauprogramm abgestimmtes, detailliertes Plan- und Submissionslieferungsprogramm abzugeben. Das Planlieferungsprogramm ist laufend zu verwalten resp. nachzuführen, die darin aufgeführten Termine haben stets dem neusten Stand zu entsprechen. Auch die Termine für die Bemusterungen müssen im Planlieferungsprogramm ersichtlich sein.

Ausserterminliche Aufträge werden in Absprache und nach Angabe der SBB AG ausgeführt.

In der gesamten Projektbearbeitung sind bereits definierte Begriffe und Bezeichnungen aus den Plänen zu übernehmen, z.B. Geometrien, Achsen, Bezeichnungen Bauteile, Kerne, Geschosse, Raum- und Türnummerierung etc.

Die Firma ist verpflichtet, der SBB AG von ihr ausgewählte Ausführungsunterlagen (Ausführungs- und Montagepläne, Detailpläne, Schemata usw.) vor Bauausführung zur Kontrolle und Genehmigung zuzustellen. Die Bearbeitungszeit dauert in der Regel 20 Arbeitstage. Ein kontrolliertes und unterschriebenes Exemplar wird retourniert. Die Firma ergänzt soweit erforderlich ihre Pläne und stellt die bereinigten Pläne dem Planer und der SBB AG kostenlos zu. Sollten aus irgendeinem Grund Konstruktionsänderungen nötig werden, sind die Ausführungspläne, vorgängig zur Ausführung, durch den Planer und die SBB AG zu visieren.

Die Firma ist verpflichtet, die SBB AG auf wesentliche Abweichungen gegenüber den vertraglichen Grundlagen aufmerksam zu machen. Die SBB AG kann die Genehmigung dieser Abweichungen verweigern, wenn sie weder einer sachlichen Notwendigkeit entsprechen noch auf einer behördlichen Auflage basieren. Konstruktive Mängel, welche erst in den Ausführungsunterlagen sichtbar werden, kann die SBB AG ohne Kostenfolge ändern lassen. Die Genehmigung der Pläne durch die SBB AG befreit die Firma nicht von ihrer vertraglichen Verantwortung für das Ausführungsprojekt und die Bauausführung.

12.2. Dokumentation von Arbeitsergebnissen

Die SBB AG ist in jedem Stadium der Vertragsabwicklung berechtigt, sich eine vollständige Dokumentation der Arbeitsergebnisse (inkl. Herleitungs- und Berechnungsgrundlagen) in einem Exemplar aushändigen zu lassen. Die Dokumente sind in Deutsch sowohl in Papierform als auch auf Datenträger in für die SBB AG weiterarbeitbarem Originalformat sowie in folgenden Formaten zu übergeben:

Jede Unterlage ist grundsätzlich in bearbeitbarer Form als MS-Office Dokumente, oder bei Konstruktionsplänen als dwg zu übergeben.

Die SBB AG ist auch in jedem Stadium der Vertragsabwicklung berechtigt, sich eine vollständige Dokumentation der BIM-Arbeitsergebnisse (inkl. Herleitungs- und Berechnungsgrundlagen, native Daten, Modelle) aushändigen zu lassen. Die BIM-Arbeitsergebnisse sind auf elektronischem Datenträger in für die SBB AG weiterarbeitbarem Originalformat zu übergeben.

12.3. Schlussdokumentation

Die Firma händigt der SBB AG spätestens 2 Monate nach der Abnahme die vollständige Schlussdokumentation auf elektronischen Datenträgern und auf Papier gemäss Vorgaben der SBB AG aus. Dazu gehören insbesondere behördliche Akten und Bewilligungen, revidierte Ausführungspläne, Installationsschemata, Betriebs- und Bedienungsanleitungen, Unterlagen für die Schulung des Betriebspersonals, alle technischen Datenblätter, Wartungsinstruktionen und Pflegeanleitungen sowie das Unternehmerverzeichnis. Gleichzeitig hat die Firma der SBB AG auch eine vollständige Dokumentation der BIM-Arbeitsergebnisse (inkl. Herleitungs- und Berechnungsgrundlagen, native Daten, Modelle) auf elektronischem Datenträger in für die SBB AG weiterarbeitbarem Originalformat auszuhändigen.

Die SBB AG prüft die Schlussdokumentation innerhalb von 90 Arbeitstagen. Eine mangelhafte Schlussdokumentation wird von der SBB AG zur Nachbesserung zurückgewiesen.

12.4. Aufbewahrung von Dokumenten

Die Firma bzw. jedes Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft bewahrt alle Dokumente und Unterlagen, welche einen Bezug zum Vertrag aufweisen und nicht der SBB AG als Originale übergeben worden sind (wie Unterlagen zu den Entscheidungsschritten und Dokumente des ausgeführten Bauwerkes, seien dies Pläne, Skizzen, Berechnungen, Werkverträge, Bestellungen, Korrespondenzen, Abrechnungsunterlagen, Datenträger usw.), während mindestens 10 Jahren ab dem Zeitpunkt der vollständigen Schlusszahlung in gebrauchsfähigem Zustand kostenlos auf.

13. Abnahmen

13.1. Konzept

Die Firma erstellt 4 Monate vor der ersten Abnahme ein Abnahmekonzept, welches die Regeln von SIA 118, Art. 157 ff. ergänzt und aus der Inbetriebsetzung, Zwischenprüfungen, Mängelbehebungen, Abnahmen, (betrieblichen und behördlichen) integralen Tests, der Schlussabnahme, Inbetriebnahme und der Schlussprüfung besteht.

Das Konzept gibt weiter Auskunft über die zu prüfenden Gewerke, die dazu benötigten Zeit, die Verantwortlichkeiten sowie den Teilnehmerkreis der Sitzungen. Es enthält ein detailliertes Drehbuch für die Integralen Tests mit Szenarien für Störfälle. Zudem wird darin die Plattform zur Mängelaufnahme/-administration (elektronische Datenbank) und die jeweiligen „Adminrechte“ definiert.

Die Ingebrauchnahme von Teilen des Werkes bleibt in Abweichung zu SIA 118, Art. 158, ohne Auswirkung auf die Abnahme.

Im Übrigen gelten die Ausführungen im Anhang 5.

13.2. Inbetriebsetzung

Die Inbetriebsetzung umfasst die Arbeiten zur schrittweisen Betriebsaufnahme sowie mechanische, elektrische und elektronische Tests der Firma zum Nachweis der vertragsgemässen Qualität, Funktionalität und Leistung des Werks. Die Inbetriebsetzung ist Aufgabe der Firma.

Die Firma zeigt der SBB AG den Beginn einzelner Inbetriebsetzungsphasen rechtzeitig an. Die SBB AG hat das Recht nicht aber die Pflicht, der Firma auf eigene Kosten Betriebspersonal für die Inbetriebsetzung beizustellen.

13.3. Zwischenprüfungen

Wo nötig oder zweckmässig können Teile des Werks als Zwischenprüfungen abgenommen werden. Zwischenprüfungen sind insbesondere bei Werkteilen durchzuführen, die bei der Schlussabnahme nicht mehr ohne weiteres zugänglich sind, oder deren Funktions- oder Leistungsnachweise sinnvollerweise vor der Schlussabnahme erbracht werden. Mit diesen Zwischenprüfungen werden ausschliesslich offensichtliche wesentliche Mängel festgestellt. Die Mängelrechte der SBB AG werden durch solche Feststellungen in keiner Weise tangiert.

13.4. Abnahmen

Abnahmen sind Tests, Leistungsprüfungen und Kontrollen wichtiger Eigenschaften des Werks oder von Teilen des Werks, welche die SBB AG und die Firma gemeinsam planen, durchführen und protokollieren. Die Firma übergibt der SBB AG rechtzeitig die notwendige Dokumentation. Die SBB AG bestimmt Art und Umfang der Abnahmeprüfungen aufgrund von Vorschlägen der Firma. Die Organisation der Abnahme ist Sache der Firma. Sowohl die SBB AG als auch die Firma können auf eigene Kosten Fachleute beiziehen. Die SBB AG stellt geschultes Betriebspersonal zur Verfügung.

In Abweichung zu SIA 118, Art. 163, kann auf die Geltendmachung von erkannten und offensichtlichen Mängeln nur ausdrücklich und schriftlich verzichtet werden.

Wird eine Abnahme wegen wesentlicher Mängel gemäss Art. 161 SIA 118 zurückgestellt, hat die Firma kein Anrecht auf Erstreckung der vertraglich vereinbarten Fristen (siehe Ziff. 5.). Die Kosten für die erneute Abnahmeprüfung trägt die Firma.

13.5. Integrale Tests

Die Firma sorgt vor der Schlussabnahme mit betrieblichen und behördlichen integralen Tests dafür, dass die Funktionalität und die Leistung aller Systeme einzeln, im Verbund untereinander und im Verbund mit den bestehenden Systemen der SBB AG, an welche sie anschliessen, inklusive dem Verhalten und der Leistungsfähigkeit bei vorhersehbaren

Störungen wie z.B. Kabelbruch, Stromausfall, Ausfall kritischer Elemente usw., vollständig auf Konformität mit den Anforderungen geprüft und die Prüfergebnisse zu Händen der SBB AG protokolliert werden. Diese Leistungsprüfung ist Voraussetzung für die Schlussabnahme.

13.6. Schlussabnahme

Die Abnahme des gesamten Werks wird als Schlussabnahme bezeichnet. Sie erfolgt im Anschluss an die erfolgreiche Leistungsprüfung des gesamten Werks.

Die Firma verpflichtet sich, im Rahmen ihrer Schnittstellenverantwortung alle erforderlichen Kontrollen und Abnahmen durch Behörden, Berufsverbände usw. nach Absprache mit der SBB AG vorgängig zu veranlassen.

Wird die Schlussabnahme wegen wesentlicher Mängel gemäss Art. 161 SIA 118 zurückgestellt, hat die Firma kein Anrecht auf Erstreckung der vertraglich vereinbarten Fristen (siehe Ziff. 5.). Die Kosten für die erneute Abnahmeprüfung trägt die Firma.

13.7. Schlussprüfung

Rechtzeitig vor Ablauf der Rügefrist von 5 bzw. 10 Jahren führen die Vertragspartner gemeinsam die Schlussprüfung gemäss SIA-Norm 118, Art. 177 durch.

14. Garantien der Firma / Sicherheitsleistungen

14.1. Rügefrist und Verjährung

Die Rügefrist wird – in Abweichung zur SIA 118 Art. 172 Abs. 1. – von 2 auf 5 Jahre verlängert. Die Verlängerung auf 5 Jahre gilt auch für die Umkehr der Beweislast gemäss SIA 118 Art. 174 Abs. 3. Die Rügefrist beginnt für sämtliche Werkteile mit der Schlussabnahme des vollendeten Werks zu laufen, unabhängig von erfolgten Teilabnahmen resp. Zwischenprüfungen oder vorgängiger Ingebrauchnahme von Teilen des Werks.

Für nachfolgende Bauteile beträgt die Rügefrist bzw. die Verjährungsfrist für die Mängelrechte 10 Jahre:

- Flachdächer
- Abdichtungen jeglicher Art (Wände, Decken, Flächen Einstellhalle)
- Gebäudehülle / Fassade (Garantiefrist auf Motoren auf 5 Jahre reduziert)

Bei beweglichen anderen Werken verjähren die Ansprüche der SBB AG wegen allfälligen Mängel des Werks gegen die Firma, die zum Zwecke der Erstellung des Werks Dienste geleistet hat sowie gegen den Bauunternehmer, mit Ablauf von 5 Jahren seit der Übergabe des beweglichen Werks. Solche Mängel hat die SBB AG während der Verjährungsfrist innerhalb von 2 Monaten seit deren Entdeckung zu rügen.

Die Firma hat für die Vertragsgemässheit, Vollständigkeit und Mängelfreiheit sämtlicher BIM-Arbeitsergebnisse einzustehen. Vorliegende Ziffer 14.1. findet somit auch Anwendung auf Leistungen der Firma im Zusammenhang mit der Methode BIM und auf sämtliche BIM-Arbeitsergebnisse, wobei die Verjährung mit Ablauf von 5 Jahren seit Aushändigung der vollständigen Dokumentation gemäss Ziffer 12.3. eintritt. Entsprechende Mängel kann die SBB AG während der ersten 2 Jahre nach Aushändigung der vollständigen Dokumentation jederzeit rügen. Nach Ablauf dieser Frist sind entsprechende Mängel innert 2 Monaten seit deren Entdeckung zu rügen.

Nach Ablauf der Erfüllungsgarantie (vgl. Ziff. 14.2. nachfolgend) verpflichtet sich die Firma, der SBB AG eine Solidarbürgschaft in der Höhe von 5% des Werkpreises für die oben aufgeführten Bauteile auszuhändigen. Die Laufzeit der Solidarbürgschaft beträgt 5 Jahre. Die Solidarbürgschaft ist der SBB AG zwei Monate vor Ablauf der Erfüllungsgarantie zu übergeben. Die SBB AG behält sich die Zustimmung sowohl zu dem sich verpflichtenden Institut als auch zur Formulierung der angebotenen Solidarbürgschaft vor.

14.2. Erfüllungsgarantie

Die Firma hat vor Vertragsschluss an die Kontaktperson SBB mittels eingeschriebenem Brief die Originalurkunde einer abstrakten und unwiderruflichen sowie auf erstes Verlangen der SBB AG zahlbaren Erfüllungsgarantie einer erstklassigen Garantin (Mindestrating von A der Agentur „Standard & Poor's“ und A2 bei „Moody's“) beizubringen. Die SBB AG behält sich vor eine Garantin abzulehnen, wenn bei Vertragsunterzeichnung die Gegenparteilimite des Konzerns SBB für diese Garantin ausgeschöpft ist.

Diese Garantie dient zu jedem Zeitpunkt der Sicherstellung sämtlicher Rechte und Forderungen der SBB AG aus diesem Vertrag, insbesondere auch der Sicherstellung sämtlicher Mängelrechte der SBB AG sowie der Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen der Firma den von ihr beauftragten Dritten gegenüber.

Die Zahlungsverpflichtungen der Garantin sind gemäss den Musterformularen der SBB AG auszustellen. Die SBB AG stellt der Firma das entsprechende Formular zu.

Werden die vertraglichen Termine verschoben oder erhöht sich der Werkpreis, hat die Firma, auf Verlangen der SBB AG, innerhalb eines Monats seit Benachrichtigung der SBB AG, eine angepasste Garantie beizubringen. Werden die finanziellen Sicherheitsleistungen und somit deren Kosten reduziert, wird die Vergütung respektive das Kostendach entsprechend herabgesetzt.

Die SBB AG behält sich die Zustimmung sowohl zu dem sich verpflichtenden Institut als auch zur Formulierung der angebotenen Garantie vor.

Die Gültigkeit der Garantie beginnt mit deren Ausstellung und reicht bis 5 Jahre und 6 Monate nach Abnahme des gesamten Werkes.

Die Höhe der Garantie beläuft sich auf 5% des Werkpreises, exkl. MWST, abgerundet.

Der Deckungsbetrag der Garantie reduziert sich auf 3% des Werkpreises, nachdem die SBB AG der Garantin bestätigt hat, dass das gesamte Werk abgenommen und die Schlussrechnung genehmigt worden ist.

15. Versicherungen

15.1. Bauplatzversicherung

Die SBB AG verfügt über eine Bauplatzversicherung. Diese deckt die Betriebshaftpflicht der Firma bei einer Vertragssumme ab CHF 400'000. Die Deckungssumme beträgt CHF 50 Mio. pro Schadenereignis und Jahr, für sämtliche verursachten Schäden und Schadenverhütungskosten zusammen, geltend für sämtliche versicherten SBB-Projekte. Nach Ausschöpfung der Höchstversicherungssumme von CHF 50 Mio. steht zu den gleichen Bedingungen eine zusätzliche Deckungssumme von CHF 20 Mio. pro Schadenereignis und Jahr zur Verfügung. Die Firma beteiligt sich an der Prämie der Betriebshaftpflichtversicherung mit 5,25 ‰ ihrer Schlussabrechnungssumme (inkl. Regie und Teuerung). Den Selbstbehalt von CHF 5'000 pro Schadensereignis trägt die Firma.

Die SBB AG empfiehlt der Firma, vor dem Beitritt zur Bauplatzversicherung ihren eigenen Haftpflichtversicherer zwecks Abstimmung des Versicherungsschutzes zu kontaktieren.

Die Bauplatzversicherung deckt auch die Bauwesen- und Montagerisiken der Firma ab. Die Firma wird mit folgender Prämienbeteiligung belastet: 0.89 ‰ ihrer Schlussabrechnungssumme (inkl. Regie und Teuerung).

Den Selbstbehalt von CHF 5'000 pro Schadenfall trägt primär der nach Vertrag und subsidiär der nach Gesetz Haftpflichtige.

Nach Vertragsabschluss werden der Firma 80% der Prämienbeteiligung in Rechnung gestellt. Die verbleibenden 20% bzw. die angepasste Restprämie (abhängig von der abgerechneten Vertragssumme) wird nach Erhalt der Schlussrechnung fakturiert.

Die zwei Merkblätter im Anhang geben eine Übersicht über die Versicherung.

15.2. Sach-/Maschinenversicherung

Die Firma garantiert Vorhandensein und Fortbestand einer Sach-/Maschinenversicherung für ihre Arbeitsgeräte für die gesamte Dauer des Vertrages. Auf Verlangen der SBB AG hat sie einen entsprechenden Nachweis der Versicherung beizubringen. Sämtliche Schadenfälle bei der Arbeitsausführung müssen über diese Versicherung reguliert werden.

16. Veröffentlichungen und Kommunikation mit Dritten

16.1. Äusserungen gegenüber den Medien (inkl. Social Media, Testimonials) und die Verwendung des Logos SBB

Äusserungen gegenüber den Medien im Zusammenhang mit dem Vertrag sowie die Verwendung des Namens und/oder des Logos SBB dürfen nur mit ausdrücklichem Einverständnis der SBB AG erfolgen. Den Äusserungen gegenüber den Medien gleichgestellt sind Äusserungen gegenüber Dritten, die öffentlich zugänglich sind (insbesondere Testimonials).

16.2. Baureklametafeln, Werbemassnahmen und Publikationen

Der Standort sowie die Gestaltung der Baureklametafel sind mit der SBB AG zu vereinbaren. Weitergehende Werbemassnahmen, insbesondere das Anbringen von Werbetafeln, -blachen und dgl. auf Bauwänden und Gerüsten oder Gebäudeteilen, sind nicht gestattet.

Bei sämtlichen Publikationen, welche mit den Bauwerken in Zusammenhang stehen (z.B. in Fachzeitschriften, auf der Homepage etc.), benötigt die Firma die vorgängige schriftliche Genehmigung der SBB AG.

Die Firma verpflichtet sich im Weiteren, diese Bedingungen auch auf die in der Auftragskette nachfolgenden Dritten (Subunternehmer und Unterlieferanten sowie deren beigezogenen Dritten) zu überbinden bzw. bei diesen durchzusetzen.

17. Besondere Vereinbarungen

17.1. Ausschluss des Retentionsrechts

Das Retentionsrecht gemäss Art. 895 ZGB wird ausdrücklich wegbedungen.

17.2. Integrität

Die Vertragsparteien treffen angemessene Massnahmen zwecks Sicherstellung der Gesetzes- und Regelkonformität. Insbesondere verpflichten sie sich, die im SBB Verhaltenskodex festgehaltenen Grundsätze und Regeln einzuhalten (www.sbb.ch – [SBB Verhaltenskodex](#)). Soweit diese Grundsätze und Regeln materiell gleichwertig in einem Verhaltenskodex der Firma festgelegt sind, genügt dessen Einhaltung.

Die Vertragsparteien verpflichten sich alle erforderlichen Massnahmen zur Vermeidung von Korruption zu ergreifen, so dass keine unzulässigen Zuwendungen oder andere Vorteile angeboten oder angenommen werden.

Die Firma verpflichtet sich, alle erforderlichen Massnahmen zur Vermeidung von unzulässigen Submissionsabsprachen zu Lasten der SBB AG zu ergreifen (z.B. Preis-, Marktaufteilungs-, Rotationsabsprachen) und solche unzulässigen Submissionsabsprachen zu unterlassen.

Bei Missachtung der Verpflichtungen nach Abs. 2 und 3 hat die Firma der SBB AG eine Konventionalstrafe zu bezahlen. Diese beträgt pro Missachtung 15% der mutmasslich unter dem von der Verletzung betroffenen Vertrag vereinbarten Vergütung. Zudem kann die SBB AG den ihr entstandenen Schaden geltend machen, sofern die Firma nicht beweist, dass sie keinerlei Verschulden trifft.

Die Firma überbindet die Verpflichtungen dieser Ziffer vertraglich den von ihr zur Vertragserfüllung beigezogenen Dritten.

Die Firma nimmt zudem zur Kenntnis, dass darüber hinaus ein Verstoß gegen die Verpflichtungen nach Abs. 2 und 3 in der Regel zum Verfahrensausschluss bzw. zum

Widerruf des Zuschlages sowie zur vorzeitigen Vertragsauflösung aus wichtigen Gründen durch die SBB AG führt.

17.3. Audit

Die SBB AG ist berechtigt, die Einhaltung der Verpflichtungen der Firma gemäss Ziffer „Integrität“ sowie die Einhaltung weiterer wesentlicher Verpflichtungen selbst oder durch ein von ihr bestimmtes, unabhängiges Revisionsunternehmen im Rahmen eines Audits zu prüfen. Ohne begründeten Anlass kann die SBB AG einen solchen Audit nicht mehr als einmal pro Kalenderjahr verlangen. Die SBB AG kündigt der Firma die Durchführung des Audits schriftlich an, es sei denn es sei nach Einschätzung der SBB AG Gefahr in Verzug.

Die Firma kann verlangen, dass der Audit durch einen unabhängigen Dritten durchgeführt wird. Auch in diesem Fall trägt die Firma die Kosten des Audits, wenn im Audit festgestellt wird, dass die Firma die Verpflichtungen gemäss Ziffer „Integrität“ oder andere wesentlichen Vertragspflichten gegenüber der SBB AG verletzt hat.

Wird der Audit nicht von der SBB AG selbst durchgeführt, wird der SBB AG im Auditbericht lediglich mitgeteilt, ob die Firma ihren vertraglichen Verpflichtungen nachkommt, es sei denn, es liege eine Verletzung vor. In diesem Fall, hat die SBB AG ein umfassendes Einsichtsrecht in die für die Verletzung relevanten Informationen.

Die Firma überbindet die Verpflichtungen dieser Ziffer vertraglich den von ihr zur Vertragserfüllung beigezogenen Dritten.

17.4. Vertraulichkeit

Die Parteien behandeln sämtliche Informationen und Daten aus dem Vertragsverhältnis als vertraulich, die weder offenkundig noch allgemein zugänglich sind, auch wenn diese nicht als vertraulich gekennzeichnet sind. Im Zweifel sind sämtliche Informationen und Daten vertraulich zu behandeln. Vorbehalten bleiben gesetzliche Aufklärungspflichten.

Die Pflicht zur Vertraulichkeit besteht schon vor Vertragsabschluss und gilt nach Beendigung des Vertragsverhältnisses weiter.

Die Pflicht zur Vertraulichkeit besteht gegenüber Dritten. Keine Verletzung der Vertraulichkeitspflicht liegt vor bei der Weitergabe vertraulicher Informationen innerhalb des eigenen Konzerns oder an beigezogene Dritte. Für die Firma gilt dies, soweit die Weitergabe für die Vertragserfüllung erforderlich ist.

Verletzt eine Partei die Pflicht zur Vertraulichkeit, so schuldet sie der anderen eine Konventionalstrafe, sofern sie nicht beweist, dass sie kein Verschulden trifft. Diese beträgt 10% der Vertragssumme je Fall, mindestens CHF 3 000, höchstens CHF 100 000. Die Bezahlung der Konventionalstrafe befreit nicht von der Pflicht zur Vertraulichkeit. Die Konventionalstrafe wird auf den zu leistenden Schadenersatz angerechnet.

17.5. Schlüsselpersonen

Die Firma ersetzt auf Verlangen der SBB AG innert nützlicher Frist Schlüsselpersonen, welche nicht über die erforderlichen Fachkenntnisse verfügen oder sonst wie die Vertragserfüllung beeinträchtigen oder gefährden. Die Firma trägt die ihr daraus entstehenden Kosten selber.

17.6. Kontaktpersonen

Kontaktpersonen für alle mit dem Vertrag zusammenhängenden Fragen sind:

Für die SBB AG:	Name:	-----
	Tel.:	-----
	e-Mail:	-----

Für die Firma:	Name:	-----
	Tel.:	-----
	e-Mail:	-----

Ändern eine Kontaktperson oder deren Kontaktdetails erfolgt umgehend eine schriftliche Mitteilung an die andere Partei.

17.7. Abwerbeverbot

Die Abwerbung von mit der Leistungserbringung unter diesem Vertrag betrauten Mitarbeitern der SBB AG während der Vertragslaufzeit und innerhalb eines Jahres nach Vertragsbeendigung bedarf der vorgängigen schriftlichen Zustimmung durch die SBB AG.

17.8. BIM

Der vorliegende Vertrag findet auch Anwendung auf die Leistungen der Firma im Zusammenhang mit der Methode BIM und auf sämtliche BIM-Arbeitsergebnisse. Die von der Firma im Zusammenhang mit der Methode BIM geschuldeten Leistungen umfassen unter anderem auch, dass die Firma:

- die Anwendung der Methode BIM vollumfänglich organisiert, koordiniert und durchführt (inkl. BIM-Koordination und BIM-Management) sowie für die Vertragsgemässheit, Vollständigkeit und Mängelfreiheit sämtlicher BIM-Arbeitsergebnisse einsteht;
- die für die Methode BIM erforderliche Software, digitale Kollaborationsplattform und weitere (allenfalls erforderliche) Infrastruktur bereitstellt;

- für die Sicherheit sämtlicher Daten (Integrität und Sicherung der Daten, Datenschutz, Vertraulichkeit) besorgt ist, u.a. durch Netzwerkschutz, Virens Scanner, Zugriffskontrolle.

18. Schriftlichkeit

Abschluss, Änderungen und Ergänzungen des Vertrages und der Vertragsbestandteile bedürfen zu ihrer Gültigkeit der schriftlichen Form und der Unterzeichnung durch beide Parteien.

19. Anwendbares Recht

Auf den Vertrag ist ausschliesslich schweizerisches Recht anwendbar. Die Bestimmungen des Wiener Kaufrechts (Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf, abgeschlossen in Wien am 11.4.1980, CISG) werden ausdrücklich wegbedungen.

20. Gerichtsstand

Ausschliesslich zuständig bei Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dem vorliegenden Vertrag sind die Gerichte in Zürich.

21. Anhänge

Folgende Anhänge sind integrierende Bestandteile der Vertragsurkunde:

- 1) Abweichungen und Ergänzungen zur SIA-Norm 118
- 2) Selbstdeklaration Arbeitsschutz
- 3) Zahlungsplan
- 4) Einsichtsrecht
- 5) Leitfaden Inbetriebnahme- und Abnahmephase von Anlageobjekten (IAA)
- 6) Musterformular Erfüllungsgarantie
- 7) Merkblatt Berufs- und Betriebshaftpflicht-Versicherung für Unternehmer und Planer
- 8) Merkblatt Bauwesen- und Montage-Versicherung

22. Ausfertigung

Die vorliegende Vertragsurkunde ist in 2 gleichlautenden Exemplaren ausgefertigt. Die Firma und die SBB AG haben je 1 unterzeichnetes Exemplar inkl. Anhänge erhalten.

23. Unterschriften

Für die SBB AG

Ort/Datum

Ort/Datum

Vorname, Name
Funktion

Vorname, Name
Funktion

Für die Firma

Ort/Datum

Ort/Datum

Vorname, Name
Funktion

Vorname, Name
Funktion